

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint wochentlich nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2 Mk. frei Haus, bei Postbestellung 2,50 Mk. wochentlich. Einzelnummer 10 Pf. Alle Posthaltungen, Postboten, unsere Ausläufer u. Geschäftsstellen entgegen. Von Sonntag bis Freitag übernahm die Redaktion die Verantwortung für die Richtigkeit der Nachrichten über die Besetzung des Bezugspreises. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Wilsdruffer Zeitung laut auflagegesetzliche Nr. 5. - Riffel-Verlag: 20 Rbf. - Verlagsdirektor: Generalmajor v. Wilsdruff. - Anzeigen-Kommission: Generalmajor v. Wilsdruff. - Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. - Bei Konkurs und Zwangsversteigerung ersticht jeder Anspruch auf Nachzahlung.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 248 — 94. Jahrgang — Drahtanschrift: „Tageblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Mittwoch, den 23. Oktober 1935

Helfet, hier sterben Menschen Hungers!

Wie das Subetendentschum vernichtet wird. In einer machtvollen Rundgebung hat eben erst wieder der Führer der Subetendentschum Partei, Konrad Henlein, die politischen Forderungen des Subetendentschums, das die härteste Partei des tschechischen Staates heißt, vertreten. Der tschechische Staat pflegt die deutschen Forderungen zu überhören. Er betreibt die systematische Unterdrückung der Subetendentschen. Er ruiniert sie wirtschaftlich und überläßt sie dem Hunger und Elend. Die folgenden Tatsachenberichte ergeben laute Anklage.

Im subetendentschen Gebiet gibt es über 400 000 Erwerbslose unter 15 Millionen Einwohnern, mehr als in Frankreich unter 40 Millionen, d. h., daß jeder dritte Subetendentsche von der Arbeitslosigkeit betroffen ist. „Helfet, hier sterben Menschen Hungers!“, so rief es kürzlich Konrad Henlein in die Welt. Die Antwort der tschechischen „Menschenfreunde“ war: Vernichtet die Deutschen, sie sind die Feinde des Friedens! Und sie zählten auf, was zu ihrer Vernichtung führt: Enteignung ihres Grund und Bodens, Enteignung der Bergwerke, die noch in ihren Händen sind, Entfernung aus dem Staatsdienst und der Polizei. Die subetendentsche Wirtschaft ist der Spiegel ihrer nationalen Verfallung! Es war in den Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, als 40 000 deutsche Staatsbeamte und -arbeiter von ihrem Arbeitsplatz vertrieben, die Neuanschaffung deutscher Beamten und Arbeiter unmöglich gemacht, 800 000 Hektar deutscher Boden geraubt und 20 000 Forst- und Gütlerbeamte enteignet, dadurch ferner die Neubildung deutschen Bauernums unmöglich gemacht wurden, deutsche Industrieunternehmen deutsche Arbeiter entlassen und tschechische aufzunehmen mußten, ihre Produktion durch die Errichtung tschechischer Werke einstellen oder ins tschechische Gebiet verlegen mußten.

Durch diese Maßnahmen, die auf die Vernichtung des Subetendentschums abzielen, wurde es um rund 500 000 Arbeitsplätze beraubt! In diesen von Deutschen diktierten Maßnahmen liegt die Wurzel allen Elends, der Anfang allen Hungers und Leidens, das sein Ende nur im Sterben findet.

Ist das noch Menschlichkeit, wenn man Menschen sterben läßt, nur weil sie Deutsche sind? Seit Jahr und Tag erschallen die Verzweiflungsrufe der Hungernden, und als Antwort aus Prag schickt man ihnen Staatsposten mit Panzerwagen, statt Brot und Kartoffeln, oder man quittiert die Hilferufe mit Haß und Hohn. Es ist der Weisheit letzter Schluß, den hungernden Arbeitern eine Freifahrtkarte in das Sowjetparadies zu schicken, um sie nur los zu sein und sie im Land des Massenmordes im Hungerelend untergehen zu lassen. Das ist die Arbeitslosenfürsorge in einem demokratischen Staate.

So sieht es in dem demokratischen Staate aus, in dem vier sozialdemokratische Minister in fetten Ämtern sitzen: Arbeitslosenunterstützung beziehen nur die gewerkschaftlich organisierten, und die nicht mehr als 75 Pfennig am Tage. Von den Erwerbslosen aber waren nur 36 v. H. gewerkschaftlich organisiert! Die anderen 64 v. H. sind angewiesen auf die wohltätige Unterstützung von 1 Mark (1), wenn sie ledig, und 2 Mark, wenn sie verheiratet sind. Viele erhalten überhaupt keine Unterstützung, wenn sie etwa als Heimarbeiter im Gebirge ein Hauschen besitzen. In den drei Erzgebirgsorten Brandau, Katharinaberg und Sobiegnsdorf gibt es bei zusammen 3000 Einwohnern 848 Erwerbslose, von denen 257 die gewerkschaftliche Unterstützung, 162 die staatliche Unterstützung beziehen und 429 ohne jede Unterstützung ihr Leben von Kräutern und Wäusen fristen müssen. Von den 253 Kindern einer Schule in Silberbach im Erzgebirge kommen 33 täglich ohne Frühstück, 57 ohne Mittagessen, 237 aber können sich niemals sattessen. Im Karlsbader Ferienheim waren 75 v. H. der untergebrachten Schulkinder tuberkulös und rachitisch, blutarm und strotzend, 38 v. H. können keine Milch, 19 v. H. kein Ei. Ein Drittel aller Arbeitnehmer in der Tschechoslowakei verdient wöchentlich bis 6 Mark, die Hälfte höchstens 10,50 Mark. Ja, 6 Mark, 8,40 Mark, 10 Mark, das sind bei fast gleichen Preisen wie im Deutschen Reich die Löhne in der tschechischen marxistischen Hochburg! In Prag und Budweis z. B. wurden die Arbeiter gezwungen, für freie Wohnung und Verpflegung zu arbeiten, viele müssen alle sozialen Abgaben leisten, in dem gleichen Bezirk wurde ein jüdischer Damentafelkonfektionär festgesetzt, der drei Angestellten in Tropyau (Schlesien) brach ein junger Mann plötzlich zusammen. Als er wieder zu sich kam, erlähmte er, daß er schon acht Tage nichts zu sich genommen habe außer Wasser. In einem Gebirgsort im Erzgebirge fand man in einer ärmlichen Wohnstube die Leichen einer Frau und zweier Kinder, die in ungelenteter Schrift die erschütternde Ursache für ihren Wahn und Selbstmord angibt: „Ich kann das Hungern und das Ruhen meiner Kinder nicht mehr mit ansehen und anhören. Ich habe sie und mich erlöst. Der liebe Gott möge mir verzeihen.“

Dank des Volkes an seinen Feldherrn. Ministerpräsident Göring übergab Generalfeldmarschall von Mackensen den Erbhof Bräufow.

Im Auftrage des Führers und Reichkanzlers übergab Ministerpräsident General Göring Dienstag mittag dem Generalfeldmarschall von Mackensen die ehemalige preussische Domäne Bräufow im Kreise Prenzlau als Erbhof. Damit ist der aus allem Bauerngeschlecht hervorgegangene ruhmvolle Feldherr mit der Scholle, der er in seinen Jugendjahren als praktischer Landwirt diente, wieder verbunden worden.

Ministerpräsident Göring sagte in seiner Ansprache an den Generalfeldmarschall den Dank des deutschen Volkes gegenüber dem ältesten Feldherrn des Weltkrieges und hervorragenden Soldaten in herzlichsten Worten zusammen und überreichte die Ehrenurkunde des Führers und Reichkanzlers. Für den Reichsernährungsminister und damit für die Reichsregierung händigte Ministerpräsident Göring gleichzeitig dem Generalfeldmarschall die Erbhofsurkunde für Bräufow aus.

Nach der Übergabe der Schlüssel für Haus und Hof durch General Göring dankte Generalfeldmarschall von Mackensen bewegt für die ihm erwiesene hohe Ehrung und versicherte, daß er die Ehrentung in der Überzeugung annehme, mit ihr die deutschen Soldaten des großen Weltkrieges insgesamt geehrt zu wissen. Die Familie Mackensen stehe noch heute wie vor 300 Jahren auf eigener Bauernscholle. Er, so führte der Generalfeldmarschall aus, sei als Junge am Pfluge ausgebildet und könne nun, nachdem er seinem Vaterlande ein Leben lang mit dem Schwert gedient habe, wieder zum Pfluge zurückkehren. Die feierliche Übergabe des Erbhofes schloß mit einem

Sieg Heil auf den Reichkanzler und Führer, das der Generalfeldmarschall mit dankerfülltem Herzen ausdrückte. Im Anschluß an die Übergabe des Erbhofes Bräufow besichtigte Ministerpräsident General Göring in Begleitung des Reichsministers Darré und des Staatsministers Popitz, überall von starkem Jubel und herzlichster Freude der Bevölkerung begrüßt, die Sehenswürdigkeiten der Stadt, insbesondere den Dom von Prenzlau, das alte Wahrzeichen der Uckermark.

Gegen Einführung der Wohnungszwangswirtschaft.

Ein Erlaß des Reichsarbeitsministers an die Länder. Der Reichsarbeitsminister hat sich in einem Erlaß an die Ministerien der Länder gegen die Bestrebungen auf Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft, d. h. des Rechts der Gemeinden zur Beschlagnahme von leerstehenden Wohnungen, ausgesprochen.

Der Minister erklärt, daß eine Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft ungünstige Rückwirkungen auf den Realcredit und den Wohnungsbau haben müßte; das Beschlagnahmerecht sei auch nicht geeignet, etwaige Schwierigkeiten des Wohnungsmarktes in einer Gemeinde zu beheben. Dies könne nur durch genügenden Wohnungsbau geschehen. Dieser müsse daher in erster Linie gefördert werden, und es müsse alles unterlassen werden, was den Wohnungsbau hemmen könne.

Hoare unterstreicht Englands Friedenswillen. Englische Parlamentsausssprache über den Abessinientrieg.

Der britische Außenminister erstattet Bericht — Auch die Opposition kommt zu Worte.

Das englische Parlament hält seine letzte Sitzung vor den Neuwahlen ab. Die auf mehrere Tage berechnete Aussprache beschäftigt sich mit dem Abessinientrieg und der weltpolitischen Lage. Nach der grundsätzlichen Rede des britischen Außenministers Sir Samuel Hoare werden noch mehrere namhafte Politiker und voraussichtlich auch Ministerpräsident Baldwin das Wort nehmen. Für die Stellung der Regierung werden im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen auch die Redner der Opposition beachtenswert. Die Regierung hat ihre Gegner im Lager der Arbeiterpartei, deren Wortführer Major Attlee ist, und bei den Liberalen, deren Führer Sir Herbert Samuel ist. So ist die Parlamentsausssprache neben ihrer außenpolitischen Bedeutung gleichzeitig Stimmungsbarmeter für die innerpolitische Lage Englands.

Zur Vorbereitung der Parlamentsausssprache fanden zahlreiche Besprechungen statt, zu denen sich auch die Vertreter der Admiralität sowie die Stabschefs der drei Waffen einsanden. Wie es heißt, sind außer der abessinischen Frage auch die Voraussetzungen für die nächste Flottenkonferenz, die nach einer Meldung der „Daily Mail“ im nächsten Monat in London stattfinden soll, sowie auch die Verhältnisse im britischen Bergbau und die Gefahr der Streikbewegung besprochen worden.

Sir Samuel Hoare spricht.

Die Unterhausausssprache begann gegen 3 Uhr. Die Abgeordnetenliste und die Galerien waren voll besetzt. Zunächst teilte Ministerpräsident Baldwin mit, daß der Wahltermin am Mittwoch bekanntgegeben werden würde. Nachdem dann ein Arbeiterpartei und ein linksliberaler kurz zu den Wahlen sprachen hatten, begann Außen-

minister Hoare seine Unterhausrede mit einem warmen Nachruf für Arthur Henderson. Dann wies er mit Nachdruck darauf hin, daß sich die Ereignisse seit seiner letzten Rede zur internationalen Lage überfüllt hätten. Er erinnerte an den Kern seiner damaligen Unterhausrede und die danach eingetretenen Geschehnisse. Die englische Politik sei diese ganze Zeit hindurch unverändert geblieben. (Großer Beifall.)

Hinter dieser Politik der Regierung stände das gesamte Parlament und die große Mehrheit der Nation.

Ein stärkendes Moment sei auch die Solidarität des britischen Weltreichs, insbesondere die Einmütigkeit der großen Dominionen, deren Repräsentanten ihre eigene Meinung zum Ausdruck gebracht hätten, ohne jeglichen Druck seitens des Mutterlandes. Sie seien zu denselben Schlüssen gekommen wie die Londoner Regierung.

Wenn sich England geweigert habe, für hypothetische Umstände neue Verpflichtungen einzugehen, so stände seine Haltung in einem klaren und konkreten Fall aber fest.

Die englische Regierung sähe in dem Völkerbund nicht nur ein Instrument zur Verhinderung eines Krieges, sondern auch ein Instrument zur Unterdrückung von Kriegsunruhen.

Man wolle im Ausland augenscheinlich nicht verstehen, daß die meisten Engländer in dem Völkerbund auch die Brücke zwischen England und Europa sähen. Werde diese Brücke ernstlich geschwächt oder gar zerstört, so werde die Zusammenarbeit zwischen England und dem Kontinent schwierig und gefährlich. Es gäbe Schwächen, Verzögerungen und Irrtümer, die man dem Völkerbund vorwerfen könnte, aber man dürfe auch von dieser noch jungen Organisation keine Wunder erwarten, wenn es sich um eine sehr schwierige Frage handele.

Das System der kollektiven Sicherheit beruhe augenscheinlich auf großen Schwierigkeiten in sich, denn eine kollektive Aktion fordere auch ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Entscheidung von mehr als 50 Staaten. Bei einer Auseinandersetzung zwischen dem Völkerbund und einem seiner mächtigsten Mitgliedsstaaten sei die Versuchung gekommen, die Aufgabe des Völkerbundes als unmöglich aufzugeben. Diese Versuchung sei sehr groß gewesen für gewisse Staaten, die sogar dazu neigten, ihr zu erliegen.

Sogar für England habe diese Versuchung bestanden. Anstatt Vorteile habe der Völkerbund England noch mehr Verpflichtungen auferlegt. Diese hätten zu Auseinandersetzungen geführt zwischen Mächten, die stets miteinander

So könnte Elendsbild an Elendsbild gereiht und die Zahlen, die von der Katastrophe künden, die über 3,5 Millionen deutscher Menschen hereingebracht ist, in langer Reihe fortgesetzt werden. Die Fabriken stehen still, und durch die Wertbullen heult der Wind, vor den Toren aber stehen verzweifelte, hungernde Menschen. Sie alle sind Ankläger des Prager Systems, das die Unmenschlichkeit zum Prinzip erhoben hat!